



»Die Gesellschaft hat keine Zukunft ohne neue Ideen aus den Universitäten«

Die Universität im Umbruch: Präsident Prof. Rudolf Steinberg mit einer Bilanz seiner ersten Amtszeit und Perspektiven für die kommenden sechs Jahre

Im Februar ist Universitätspräsident Prof. Rudolf Steinberg mit großer Mehrheit für weitere sechs Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit in diesem Monat wirft er im Gespräch mit dem UniReport einen Blick zurück auf die wichtigsten Entwicklungen und Ereignisse an der Goethe-Universität in seiner ersten Amtszeit und zeigt, wohin die Reise in den kommenden sechs Jahren gehen soll.

UniReport: Herr Präsident, wenn Sie eine kurze Bilanz Ihrer ersten Amtszeit ziehen: Was war Ihnen besonders wichtig?

Prof. Rudolf Steinberg: Ich möchte drei Bereiche erwähnen, in denen sich in den letzten sechs Jahren besonders viel ereignet hat. Die Schärfung des Profils der Frankfurter Universität ist der erste. Wir haben sehr entschieden wissenschaftliche Schwerpunktbereiche definiert und unsere Exzellenz wirklich hervorgehoben. Der zweite Bereich ist die Standortneuordnung. Die Neubauplanung ist in allen Bereichen ein großes Stück vorangekommen: Auf dem Campus Westend, in der Medizin, wo wir das neue Hörsaalgebäude und den neuen Forschungsturm eingeweiht haben, und auf dem Campus Riedberg. Die Physik ist bezogen worden, die Geowissenschaften stehen im Rohbau, und weitere Planungen sind fortgeschritten. Und zum Dritten sind die Beziehungen zwischen der Universität und der Bürgerschaft in Stadt und Region ganz deutlich verbessert worden. Auch das war mir ganz wichtig.

Welche Ereignisse und Entwicklungen würden Sie neben den eben genannten als besonders positiv hervorheben, und was hätte vielleicht besser laufen können?

Ich glaube, das positive Schlüsselereignis in den letzten Jahren war die Verabschiedung des Hochschulentwicklungsplanes im Oktober 2001. Hier sind die Weichen für die Entwicklung der Universität neu gestellt worden. Nicht im wünschenswerten Maße entwickelt haben sich dagegen die Bedingungen von Studium und Lehre. Daher haben wir im vergangenen Sommer im Senat das Konzept »Qualitäts-offensive Lernen, Lehren, Forschen« verabschiedet. Das wird einer der Arbeitsschwerpunkte in der nächsten Amtszeit sein.

Die Veränderungsprozesse an den Hochschulen haben auf allen Ebenen in den vergangenen Jahren eine große Dynamik erreicht. Wird sich diese Entwicklung aus Ihrer Sicht fortsetzen und wenn ja, in welchen Bereichen?

Ich bin ganz sicher, dass wir noch nicht das Ende dieses wirklich fundamentalen Neu-

orientierungsprozesses der deutschen Hochschulen erreicht haben. Wesentliche Prozesse sind weiterzuführen, wie die Entbürokratisierung und Entstaatlichung und die Stärkung des Wettbewerbs. Die Steuerung wird in Zukunft viel weniger durch bürokratische Anweisung, sondern mehr durch Wettbewerbsbelemente erfolgen, und zwar im nationalen und internationalen Wettbewerb. Und wir werden auch weitere Fortschritte machen müssen bei der Professionalisierung der Leitung der Hochschule, nicht nur auf der Ebene des Präsidiums, sondern auch in den Fachbereichen.

Anfang des Jahres war zu lesen, dass Sie für die Universität Frankfurt eine größere Autonomie noch über das Modell TU Darmstadt hinaus anstreben.

Das TUD-Gesetz ist zweifellos ein ganz großer Fortschritt auf dem Wege universitärer Autonomie. Ich glaube, es gibt keine deutsche Universität, die soviel an Freiheit besitzt wie die Technische Universität Darmstadt. Aber das Ende des Weges ist auch in Darmstadt noch längst nicht erreicht. Es gibt noch erhebliche Bereiche staatlicher Steuerung. Maßgebliche Entscheidungen für die Hochschule werden noch immer im Ministerium und nicht in der Hochschule selbst getroffen.

Was versprechen Sie sich von einer größeren Autonomie der Universität?

Ich erwarte von einer größeren Autonomie der Universität, dass wir unsere Aufgabe in Forschung und Lehre viel besser wahrnehmen können. In unserem Hochschulentwicklungsplan haben wir als eines der Ziele formuliert, aufgrund unserer theoretischen Kompetenz Beiträge zur Lösung von Problemen der Gesellschaft zu leisten. Unser wichtigster Beitrag hierzu ist, dass wir Studierende qualifizieren und sie in die Lage versetzen, neue Lösungen für Probleme in allen Bereichen der Gesellschaft zu entwickeln. Eine größere Gestaltungsfreiheit der Universität erlaubt uns zum Zweiten, bessere Beiträge zum Wissenstransfer zu leisten. Wir haben mit Public-Private-Partnership-Projekten in den letzten Jahren sehr schöne Erfahrungen gemacht. Schauen Sie sich zum Beispiel unser House of Finance an, das Frankfurt Institute for Advanced Studies (FIAS) oder das Zentrum für Arzneimittelforschung, -Entwicklung und -Sicherheit (ZAFES). Wenn die Universität insgesamt diesen Weg weitergeht, wird die

Vernetzung von Universität und Gesellschaft zunehmen. Die Gesellschaft hat keine Zukunft ohne neue Ideen aus den Universitäten. Sie ist auf bestausgebildete junge Menschen angewiesen und auf neue Ideen – und beides kommt aus der Universität.

Nicht zuletzt dank Ihrer energischen Bemühungen konnte die Universität in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich an ihre Stiftertradition anknüpfen. Liegt hier in Zeiten maroder öffentlicher Haushalte die Zukunft der Universität?

Ja, das zeigt vor allem auch ein Blick auf ausländische Hochschulsysteme. Wenn ich mir die Finanzierungssituation etwa der amerikanischen Hochschulen ansehe, dann stelle ich fest, dass die staatlichen Zuwendungen an die amerikanischen Hochschulen mit 0,9 Prozent des Bruttosozialprodukts

ungefähr denen der öffentlichen Zuwendungen in Deutschland entsprechen. In den Vereinigten Staaten stammen dann aber aus privaten Quellen weitere 1,8 Prozent. Das heißt, den Hochschulen stehen doppelt so viele private Mittel zur Verfügung wie staatliche. In anderen Ländern sind die Verhältnisse nicht so dramatisch, aber sie gehen durchaus in diese Richtung. Deswegen ziehe ich den Schluss – auch nach der Erfahrung

„ Wir haben nur dann eine Chance, uns international besser zu positionieren, wenn wir den privaten Sektor wieder stärker für die Hochschulen mobilisieren und damit an unsere besonderen Frankfurter Traditionen anknüpfen.“

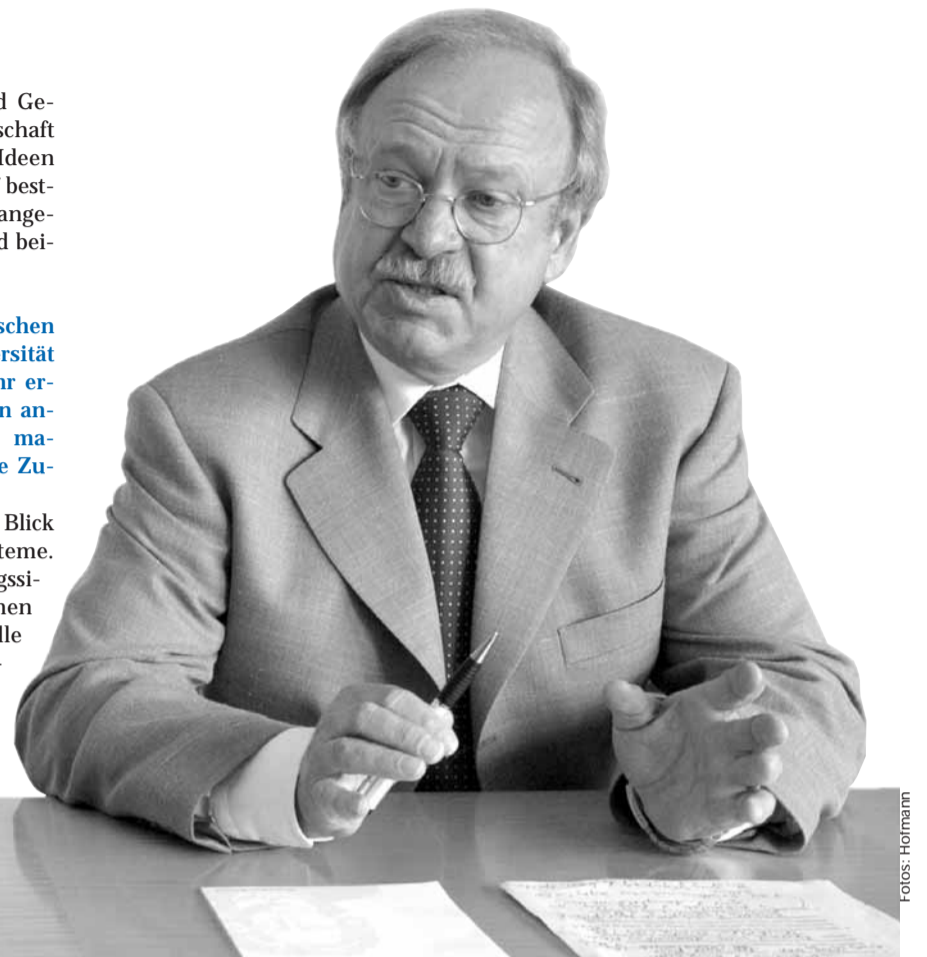
der letzten vierzig Jahre, in denen ich an deutschen Hochschulen lehre: Wir haben nur dann eine Chance, uns international besser zu positionieren, wenn wir den privaten Sektor wieder stärker für die Hochschulen mobilisieren und damit an unsere besonderen Frankfurter Traditionen anknüpfen. Wir sind die einzige wirkliche Stiftungs- und Bürgeruniversität in Deutschland. Und ich könnte mir vorstellen, dass es gelingen könnte, die Bürger und die Gesellschaft wieder wie bei der Gründung vor 92 Jahren institutionell stärker in die Universität einzubinden.

Die Universität Frankfurt hat in den vergangenen Jahren in Forschungsrankings immer wieder hervorragende Plätze belegt. In der Lehre werden dagegen nach wie vor Defizite beklagt.

Was haben Sie sich zur Verbesserung der Lehre vorgenommen?

Ich habe bereits das Programm »Qualitäts-offensive Lernen, Lehren, Forschen« erwähnt, an dem sich erfreulicherweise auch der ASTA ganz wesentlich mit eigenen Konzepten beteiligt hat. Dieses umfassende Programm schlägt Maßnahmen vor, die in der voruniversitären Phase beginnen, das heißt in der Beratung und Information von Schülerinnen und Schülern und die dann bis zur nachuni-

versitären



Fotos: Holmann

Zur Person: Prof. Rudolf Steinberg

Rudolf Steinberg wurde 1943 in Cochem/Mosel geboren; er ist verheiratet und hat vier Kinder. Sein Studium der Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften absolvierte er in Köln, Freiburg und Ann Arbor (Michigan); 1970 erfolgte die Promotion an der Universität Freiburg als Assistent von Prof. Konrad Hesse mit einer Arbeit zur Staatslehre und Interessenverbände. 1977 dann Habilitation an der Universität Freiburg zu dem Thema »Politik und Verwaltungsorganisation«. 1977 bis 1980 war er Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hannover. Seit 1980 ist er Professor für Öffentliches Recht, Umweltrecht und Verwaltungswissenschaften in Frankfurt. 1995 bis 2000 war er zudem Richter des Thüringer Verfassungsgerichtshofs in Weimar. Seit 21. Juni 2000 ist er Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Am 15. Februar 2006 wurde er mit großer Mehrheit im Amt bestätigt; seine zweite sechsjährige Amtszeit beginnt am 21. Juni.

Phase – Career-Service und Alumnibetreuung – reichen. Dazwischen liegt das ganz große Feld der Verbesserung der Bedingungen von Studium und Lehre in der Universität.

Welchen Stellenwert hat in diesem Kontext das Jahrhundertprojekt der Standortneuordnung?

Wenn Sie sich die Neubauten ansehen, die wir in den letzten Jahren realisiert haben, dann sehen Sie sofort, dass die Neubauten die Studien- und Arbeitsbedingungen dramatisch verbessert haben. Schauen Sie auf den Campus Westend: Sie haben dort eine riesige Bibliothek mit fast einer Million Bänden. Früher hatten wir 26 verschiedene Bibliotheken. Auch forschungsmäßig gibt es enorme Fortschritte. Auf dem Riedberg entsteht eine Science City, in der Hunderte von Forschern aus unterschiedlichen naturwissenschaftlichen Disziplinen in unseren Fachbereichen mit in Zukunft zwei Max-Planck-Instituten, mit dem Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie (FIZ) und mit dem FIAS zusammenarbeiten. Die Interdisziplinarität, die dort entsteht, und die Kommunikation, die zwischen hochrangigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern möglich wird, die sich beim Kaffee über die Straße treffen können, werden auch die Forschungsarbeiten verbessern. Davon bin ich fest überzeugt.

Der Kanzler arbeitet mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter dem Motto »Zukunft der Verwaltung – Verwaltung der Zukunft« an neuen Strukturen. Welche Erwartungen haben Sie in dieses Projekt?

Der Kanzler, der ja vor anderthalb Jahren von außerhalb in die Universität gekommen ist, verfolgt mit diesem Projekt ein sehr ehrgeiziges Ziel:

Er möchte die Verwaltung in die Entwicklungsprozesse der Universität integrieren. Dahinter steht die Erfahrung, dass die traditionelle Trennung von akademischer Universität und Kanzlerverwaltung offensichtlich immer noch nicht ganz überwunden ist. Das ist ein großartiges Ziel, und ich erwarte mir von diesem Projekt, dass es die Leistungsfähigkeit und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf die Gesamtentwicklung der Universität steigert.

Können Sie abschließend die wichtigsten Ziele nennen, die Sie in Ihrer zweiten Amtszeit erreichen wollen?

Ich möchte vier Ziele nennen. Erstens die weitere Festigung unseres Forschungsprofils. Eine Universität ist nur so gut wie ihre Forscher sind – das ist mit Sicherheit das allerwichtigste Ziel. Hier ist auch nachzudenken über Ergänzungen unseres Forschungsprofils, etwa die Schaffung einer Kompetenz im Bereich empirischer Schul- und Unterrichtsforschung. Ein Defizit, das landauf, landab beklagt wird. Das zweite Thema ist die Verbesserung der Lehr- und Studienbedingungen, möglicherweise auch unter Einsatz neuer Finanzierungsmöglichkeiten. Der dritte Bereich ist die konsequente Fortsetzung unserer Standortneuordnung. Der Prozess der Verlagerung der Universität von Bockenheim auf die anderen Standorte muss irreversibel werden. Dazu gehört auch die institutionelle Ausgestaltung, also TUD plus. Und der vierte Bereich, der auch einen Schwachpunkt der letzten sechs Jahre darstellt: Ich glaube, wir müssen viel systematischer und konsequenter eine Strategie für die Internationalisierung der Universität entwickeln.

Herr Präsident, vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Barbara Kausch

